

Rendsburger Erklärung

Miteinander. Füreinander.
Generationsübergreifend zusammenhalten.
Beschluss der CDU in Schleswig-Holstein
Rendsburg | 19. September 2025



1		
2	Präambel.....	2
3	Starke Familien – starkes Land.....	2
4	Unterstützung von Anfang an	3
5	Familienzeitkonto: heute schon ans Morgen denken	5
6	Elterngeld besser machen	6
7	Familienleistungen vereinfachen.....	6
8	Unsere Jüngsten im Blick – frühkindliche Bildung als Schlüssel für ein erfolgreiches	
9	Leben	7
10	Kindertageseinrichtungen als Schlüssel für Bildung, Integration und Vereinbarkeit	7
11	Frühzeitige Förderung als Brücke zur Schule	8
12	Kinderschutz – Verantwortung wahrnehmen, Kinder wirksam schützen	9
13	Jugendliche schützen und befähigen	11
14	Jugendverbandsarbeit als Fundament für Engagement und Zukunft	11
15	Jugendbeteiligung niedrigschwellig umsetzen	12
16	Stark und gesund aufwachsen.....	13
17	Mediennutzung und Digitale Räume sicher und jugendgerecht gestalten	15
18	Gewalt unter Jugendlichen	16
19	Für ein aktives, selbstbestimmtes und sicheres Leben im Alter	17
20	Altersgerecht wohnen und mobil sein	18
21	Gemeinsam alt werden – Einsamkeit verhindern	19
22	Gut versorgt im Alter	19
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29		

30 **Präambel**

31 Die Rendsburger Erklärung dient der politischen Positionierung der CDU in Schleswig-Holstein und
32 beschreibt unsere Zielvorstellung zur Weiterentwicklung der Familien- und Sozialpolitik. Sie soll
33 damit als Grundlage für die Entwicklung zukünftiger Wahl- und Regierungsprogramme dienen. Die
34 Umsetzung muss im Rahmen einer generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik erfolgen.

35 **Starke Familien – starkes Land**

36 Familien sind Fundament und Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie übernehmen Verantwortung und
37 tragen entscheidend zum Funktionieren unserer Gemeinschaft und zum sozialen Zusammenhalt bei
38 – in der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen, im Alltag und in der Arbeitswelt. Unser Ziel
39 ist eine Gesellschaft, in der Familien Anerkennung erfahren und Kinder geborgen aufwachsen – und
40 in der Menschen füreinander eintreten und Verantwortung übernehmen.

41 Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Sie ist das
42 wertvollste Band des Miteinanders und zugleich die Grundlage unserer Gesellschaft. Neben der
43 Familie steht für uns das Leitbild der Ehe, als rechtlich verbindliche und auf Dauer angelegte
44 Verbindung zweier Menschen, unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Wer heiratet,
45 übernimmt rechtlich, finanziell und im täglichen Leben füreinander Verantwortung. Die Ehe schafft
46 Verlässlichkeit und Vertrauen. Auch der Staat profitiert davon. Deshalb ist und bleibt sie für uns
47 besonders schützens- und unterstützenswert. Es gibt jedoch eine Vielfalt unterschiedlicher
48 Lebensentwürfe, die die zentralen Werte von Verantwortung und Zusammenhalt leben. Fürsorge,
49 Liebe und gegenseitige Verantwortung finden sich in vielen Lebensmodellen. Wir machen uns für
50 alle Familien stark.

51 Die Geburtenzahlen in Schleswig-Holstein und Deutschland gehen seit Jahren zurück. Starke, gut
52 unterstützte Familien sind deshalb wichtiger denn je – für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft,
53 für die Zukunft unserer Wirtschaft und für die Sicherung unseres sozialen Systems. Das beinhaltet
54 eine bestmögliche medizinische Versorgung und Unterstützung im Bereich der Geburtshilfe,
55 insbesondere im Bereich Perinatalzentren/Kinderkliniken. Dazu gehört, die Rahmenbedingungen
56 für Familien gezielt zu verbessern. Das geht über eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
57 Vereinfachung von Familienleistungen, aber auch durch direkte Unterstützung. So wollen wir
58 Familien mit mehreren Kindern finanziell stärken, und setzen uns dafür ein, das erhöhte Kindergeld
59 ab dem dritten Kind wieder einzuführen: Wir setzen uns für eine Kindergeld-Höhe von 300 Euro ab
60 dem dritten Kind ein. Aktuell liegt der Betrag bei 255 Euro.

61 Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter gestärkt werden. Dienstpläne müssen die
62 Realität von Familien stärker berücksichtigen. Zahlreiche Unternehmen nutzen hierfür bereits
63 Planungstools mit Vereinbarkeitslogik, wodurch die Arbeitskraft optimierter und familientauglicher

eingesetzt werden kann. Eine verstärkte Nutzung solcher digitaler Planungstools mit „Vereinbarkeitslogik“ in der Arbeitswelt, die den Alltag von Eltern und pflegenden Angehörigen erleichtern, ist für alle Beteiligten sinnvoll. Außerdem fordern wir eine strukturelle Flexibilisierung von Höchstarbeitszeiten und eine Anpassung des Arbeitszeitengesetz an moderne Arbeitsrealität. So wollen wir eine maximale Wochenarbeitszeit festlegen. Dadurch könnte an einzelnen Tagen 12 Stunden gearbeitet werden, wenn dies durch freie Tage ausgeglichen wird. Beschäftigte, die dies wollen, sollen eigenverantwortlich längere Arbeitszeiten an einzelnen Tagen leisten dürfen, wenn dies zu mehr Freizeit an anderen Tagen führt.

Gleichzeitig machen sich auch viele Unternehmen bereits auf den Weg, ihre Strukturen familienbewusst auszurichten. Unternehmen, die ihre Strukturen familienbewusst gestalten, verdienen Unterstützung. Deshalb wollen wir Familienfreundlichkeit und deren Zertifizierung durch steuerliche Anreize oder Zuschüsse fördern.

Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:

- die bedarfsgerechte Anpassung des Kindergeldes und die Wiedereinführung eines höheren Kindergeldes ab dem dritten Kind,
- eine verstärkte Nutzung digitaler Planungstools mit „Vereinbarkeitslogik“ (im Sinne von Praktikabilität im Alltag) in der Arbeitswelt,
- eine Reform des Arbeitszeitgesetzes und dadurch eine Flexibilisierung der Höchstarbeitszeiten,
- die gezielte Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeitmodelle und individuelle Arbeitszeitabsprachen auf allen Ebenen,
- die Förderung von Familienfreundlichkeit und deren Zertifizierung durch steuerliche Anreize oder Zuschüsse.

Unterstützung von Anfang an

Wenn mindestens ein Elternteil berufstätig ist, profitieren auch die Kinder – mit besseren Chancen, mehr Teilhabe und gesünderer Entwicklung. Wer Kinder schützen will, muss auch Eltern stärken. Daher wollen wir vor dem Hintergrund der Armutsgefährdung fördern, dass mindestens ein Elternteil vollzeitbeschäftigt ist, z. B. durch Anerkennung von Berufsabschlüssen oder Qualifizierungsmaßnahmen. Wir wollen, dass Kinder geborgen in ihrer Familie mit Zuversicht, Sicherheit und Zukunftslust aufwachsen – nicht mit Sorgen und Entbehrungen.

Kinder brauchen vor allem stabile Verhältnisse und liebevolle Unterstützung. Deshalb setzen wir auf frühzeitige, niedrigschwellige Unterstützung für Eltern – durch Beratung, Begleitung und präventive Angebote. Programme wie die „Frühen Hilfen“ oder „Schutzengel“ leisten hier bereits wertvolle Arbeit. Sie müssen ausgebaut und weiterentwickelt werden, damit noch mehr Familien erreicht

99 werden. Auch Pflegefamilien verdienen besondere Unterstützung – durch professionelle Begleitung
100 und stärkere Vernetzung. Hebammen sollen dabei stärker auf entsprechende Angebote aufmerksam
101 machen und mit anderen Unterstützungsstrukturen besser verzahnt werden. Regionale
102 Familienlotsen können Familien zusätzlich Orientierung bieten. In Lübeck gibt es beispielsweise sog.
103 „Stadtmütter“: In diesem Projekt werden Frauen aller Altersstufen mit und ohne
104 Migrationshintergrund sowie mit und ohne Kinder über soziale und gesellschaftliche Themen
105 fortgebildet, um mit diesem Wissen Informations- und Aufklärungsarbeit in ihrem Umfeld und ihrer
106 Nachbarschaft leisten zu können. Diese Mütter gehen konkret direkt in die Familien hinein, bauen
107 Ängste ab, erklären das System und verdeutlichen, warum es wichtig ist, dass Kinder z. B. eine
108 Kindertageseinrichtung besuchen und den Kontakt zu anderen Kindern sowie Sprachförderung
109 erhalten.

110 In Schleswig-Holstein haben wir Modellprojekte zu kommunalen Präventionsketten eingeführt.
111 Kommunale Präventionsketten schaffen gemeinsam mit Jugendhilfe, Gesundheit, Bildung und
112 Sozialwesen ein netzwerkgestütztes Unterstützungsangebot, das sich entlang der Biografie der
113 Kinder und Jugendlichen organisiert – von der Geburt bis zum Berufseinstieg. Bestehende Angebote
114 (z. B. Kita, Schule, Beratungsstellen) werden dafür rechtskreisübergreifend vernetzt und
115 ressourcenschonend weiterentwickelt. Ziel ist es, die Chancen von Kindern und Jugendlichen zu
116 erhöhen und gleichzeitig frühzeitig den Folgen von Kinderarmut entgegenzuwirken. Dafür sollen
117 Unterstützungsangebote gebündelt, Lücken aufgedeckt und bedarfsgerechte Maßnahmen geplant
118 werden. Diese Projekte wollen wir eng begleiten, evaluieren und je nach Ergebnis fortführen und
119 ausweiten. Ein zentrales Ziel unserer Familienpolitik ist die wirksame Bekämpfung von Kinderarmut.
120 Der Bericht zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein aus 2025 zeigt
121 klar: Kinder sind deutlich seltener armutsgefährdet, wenn mindestens ein Elternteil in Vollzeit
122 arbeitet. Diese Erkenntnis nehmen wir ernst. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist
123 deshalb nicht nur ökonomisch, sondern auch sozialpolitisch unverzichtbar. Wir setzen uns ein für
124 gute Betreuungsangebote, flexible Arbeitszeiten und gezielte Unterstützung beim beruflichen
125 (Wieder-)Einstieg.

126 Die Zahl der Alleinerziehenden ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Sie tragen oftmals
127 eine besonders hohe Last: höhere Armutsrisiken, große organisatorische Belastungen und
128 finanzielle Unsicherheiten prägen ihren Alltag. Da überwiegend Frauen alleinerziehend sind, sind sie
129 von diesen Herausforderungen in besonderem Maße betroffen.

130 Gerade Alleinerziehende sind auf verlässliche Betreuungsangebote angewiesen und profitieren von
131 flexiblen Arbeitszeitmodellen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wir setzen
132 uns zudem dafür ein, säumige Unterhaltsschuldner konsequenter zu sanktionieren und die
133 Auskunftspflichten deutlich zu verschärfen. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre, das Kindergeld nur

noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen – so könnten Alleinerziehende wirksam und unmittelbar finanziell entlastet werden.

Darüber hinaus setzen wir uns ein, dass die Elternbildung gestärkt wird. Während es inzwischen üblich ist, sich in Geburtsvorbereitungskursen auf die Geburt eines Kindes vorzubereiten, sind Kurse zum Thema Elternschaft eher unbekannt. Da Bindung und Erziehung eine lebenslange Verantwortung darstellen und von großer Bedeutung sind, sollen daher als Ergänzung zu Geburtsvorbereitungskursen kostenlose Kurse zur Elternschaft angeboten werden.

Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:

- die Verfolgung des Ziels, dass mindestens ein Elternteil zur Armutsvermeidung einer Vollzeitbeschäftigung oder vollzeitnaher Beschäftigung nachgeht, z. B. durch Anerkennung von Berufsabschlüssen, Qualifizierungsmaßnahmen, Anreizsetzung oder Ausbau von Kitaplätzen,
- den Ausbau niedrigschwelliger Früher Hilfen und Programme wie „Schutzengel“,
- die Weiterentwicklung der bisherigen Modellprojekte zu kommunalen Präventionsketten,
- die gezielte Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeitmodelle und individuelle Arbeitszeitabsprachen auf allen Ebenen,
- konsequentere Sanktion von säumigen Unterhaltsschuldner und Verschärfung der Auskunftspflichten,
- die Stärkung der Elternbildung sowie – ergänzend zu Geburtsvorbereitungskursen – die Einführung kostenloser Kurse, z. B. zur Elternschaft.

Familienzeitkonto: heute schon ans Morgen denken

Wir wollen Eltern die Möglichkeit geben, Zeit für Familie und persönliche Verantwortung besser mit ihrem Beruf zu vereinbaren. Deshalb schlagen wir die Einführung eines Familienzeitkontos vor. Der Einführungs- und Betriebskostenaufwand soll kostenneutral und unbürokratisch für Arbeitgeber aufgebaut sein. Erwerbstätige sollen im Rahmen ihrer regulären Arbeitszeit ein Zeitguthaben ansparen können, ähnlich wie bei einem Arbeitszeit- oder Lebensarbeitszeitkonto. Dieses Guthaben kann flexibel und bedarfsgerecht eingesetzt werden – etwa für Erziehungs- und Elternzeiten, für die Begleitung von Kindern in wichtigen Entwicklungsphasen, für die Pflege von Angehörigen oder auch für eigene Weiterbildungs- und Qualifizierungsphasen.

Das Familienzeitkonto schafft so ein verlässliches Instrument, das Familien entlastet. Mehr Chancengerechtigkeit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht auch für die Unternehmen einen Mehrwert. Zeitguthaben können Eltern motivieren, Kinder zu bekommen, weil Familienleben planbarer wird.

Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:

- die Einführung von Familienzeitkonten, nutzbar für Erziehungszeit, Pflege sowie (Weiter-) Bildung.

Elterngeld besser machen

Das Elterngeld ist eine Erfolgsgeschichte und ein bedeutender Schritt für mehr Familienfreundlichkeit und Partnerschaftlichkeit – eingeführt durch die CDU. Die jüngste Absenkung der Einkommensgrenze beim Elterngeld halten wir für falsch und fordern eine Überprüfung. Vor dem Hintergrund, da das Elterngeld nie erhöht wurde und somit seit seiner Einführung durch die Inflation ca. 38% seine Kaufkraft verloren hat, braucht es perspektivisch eine spürbare Anhebung. Hierbei ist eine generationengerechte Haushaltspolitik entscheidend.

Darüber hinaus wollen wir das Elterngeld weiterentwickeln und es partnerschaftlicher und gerechter gestalten. Die aktuelle Bemessung darf nicht durch kurzfristige Steuerklassenwechsel, Arbeitslosigkeit oder durch Phasen der Kurzarbeit verzerrt werden, sondern soll sich am Bruttoeinkommen orientieren. Bei Kurzarbeit soll sich das Elterngeld an den Monaten vor der Kurzarbeit orientieren.

Außerdem möchten wir die Elternzeit um einen Monat für Angehörige zweiten Grades erweitern. Künftig soll es etwa berufstätigen Großeltern möglich sein, einen Monat „Großelternzeit“ zu nehmen. Dieser Monat wird auf den regulären Anspruch von 14 Monaten Elterngeld angerechnet.

Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:

- die Überprüfung der abgesenkten Einkommensgrenze beim Elterngeld,
- die Herausnahme von Kurzarbeitszeiten aus der Elterngeldbemessung,
- eine partnerschaftlichere Gestaltung des Elterngeldes,
- eine gerechtere und einfachere Elterngeldberechnung, unabhängig von kurzfristigen Steuerklassenwechseln,
- die Flexibilisierung des Elterngeldes hinsichtlich einer sogenannten „Großelternzeit“ für berufstätige Großeltern,
- die Anpassung der Bemessungszeiträume für das Elterngeld auf das letzte maßgebliche Steuerjahr.

Familienleistungen vereinfachen

Familien tragen in allen Lebensbereichen zentrale Aufgaben: Sie sorgen für Bildung, emotionale Stabilität, Gesundheit, wirtschaftliche Versorgung und soziale Integration. Eltern begleiten ihre Kinder auf dem Bildungsweg, vermitteln Werte und kümmern sich um pflegebedürftige Angehörige.

202 Sie tragen zur gesellschaftlichen Stabilität bei. Dabei spielt staatliche Unterstützung eine wichtige
203 Rolle. Sie muss verständlich, zugänglich und vor allem wirksam sein.

204 Derzeit existiert eine Vielzahl von Familienleistungen, die jedoch oft nicht in Anspruch genommen
205 werden, weil sie zu kompliziert gestaltet oder zu wenig bekannt sind. Wir wollen daher ein
206 Kinderzukunftsgeld einführen, das diese Leistungen bündelt. Den Zugang wollen wir vereinfachen
207 und digitalisieren sowie bestehende Angebote besser sichtbar machen. Darin sehen wir eine große
208 Chance, bürokratiearm und effizient den tatsächlichen Bedürfnissen von Kindern gerecht zu werden.

209 Eine weitere pauschale Leistung, wie sie die Ampel-Regierung mit der Kindergrundsicherung
210 vorgeschlagen hat, lehnen wir hingegen ab. Sie berücksichtigt die unterschiedlichen Lebenslagen
211 von Kindern nicht ausreichend und schafft vor allem neue Bürokratie. Stattdessen setzen wir auf ein
212 digitales Familienportal, das Leistungen zentral zugänglich macht und auch das Abrechnungswesen
213 für Anbieter weiter vereinfacht. Gleichzeitig wollen wir das Kindergeld beibehalten und
214 bedarfsgerecht anpassen.

215 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 216 • die Schaffung eines digitalen Portals mit automatisierten Datenabgleichen nach dem „One-
217 Only-Prinzip“ und vorausgefüllten Formularen, um alle Familienleistungen zentral
218 zugänglich zu machen,
- 219 • ein Kinderzukunftsgeld als Bündelung vorhandener Leistungen für eine gezielte Förderung
220 und Stärkung der Eltern,
- 221 • die gezielte und bedarfsgerechte Zuteilung von Familienleistungen.

222

223 **Unsere Jüngsten im Blick – frühkindliche Bildung als Schlüssel für ein** 224 **erfolgreiches Leben**

225 **Kindertageseinrichtungen als Schlüssel für Bildung, Integration und Vereinbarkeit**

226 Kindertageseinrichtungen spielen eine grundlegende Bedeutung für die frühkindliche Entwicklung.
227 Sie tragen zur späteren schulischen und beruflichen Laufbahn der Kinder bei. Ihre Bedeutung zeigt
228 sich in der Förderung der individuellen, sozialen, emotionalen sowie geistigen und körperlichen
229 Entwicklung. Kindertageseinrichtungen sind wichtige Bildungsorte und bieten Kindern soziale
230 Kontakte, die Entwicklung sozialer Kompetenzen sowie Integration in Gemeinschaft. In den Kitas
231 werden Interessen und Fähigkeiten der Kinder gefördert und die Kinder auf die Schule vorbereitet.
232 Kindertageseinrichtungen sollen dazu beitragen, Benachteiligungen abzubauen und
233 Bildungschancen zu ermöglichen. Insofern sind Kindertageseinrichtungen und auch
234 Kindertagespflege (KTP) ein wichtiger Bestandteil des Bildungssystems.

235 Auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Kitas und KTP unverzichtbar. In Schleswig-
236 Holstein lag die Betreuungsquote der 3- bis 6-jährigen 2022 bei rund 90 Prozent, die U3-Quote
237 regional zwischen 26 und 41,8 Prozent. Der Rechtsanspruch auf Betreuung sowie der Ausbau der
238 Betreuungszeiten entlasten Familien erheblich.

239 Um gut ausgebildete Fachkräfte einsetzen zu können, wollen wir die duale Ausbildung auch für
240 Erzieherinnen und Erzieher ermöglichen und nicht nur für den Ausbildungsberuf der
241 sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten (SPA). Das Angebot für PIA-Ausbildungsplätze
242 für SPA wollen wir kontinuierlich ausbauen.

243 Mit den Kita-Reformen der letzten Jahre wurden Qualität, Verlässlichkeit und Betreuungsangebote
244 gestärkt – für uns ein höheres Gut als die reine Kostenfreiheit. Nicht zuletzt sollen die Reformen
245 zum Kindeswohl beitragen und die Kinder frühzeitig in den Blick zu nehmen. Unter Bezug auf den
246 Bericht zur sozialen Situation von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein kommt der
247 Kindertageseinrichtung bei der Integration sowie der Entwicklung von Kompetenzen und
248 Spracherwerb eine wichtige Bedeutung zu. Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund und aus
249 bildungsferneren Bevölkerungsgruppen können von den frühkindlichen Bildungsangeboten in
250 Kindertageseinrichtungen besonders profitieren. Im Zuge der Kita-Reformen haben wir auch die
251 Perspektiv-Kitas ins Leben gerufen. Perspektiv-Kitas kooperieren eng mit bestehenden Perspektiv-
252 Schulen im Sozialraum, fördern insbesondere Sprachkompetenzen und erhalten hierfür zusätzliche
253 personelle und finanzielle Ressourcen. Diesen besonderen Weg wollen wir in Schleswig-Holstein
254 weiter beibehalten und stetig ausbauen.

255 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 256 • den Aufbau von PIA-Ausbildungsplätzen für Erzieherinnen und Erzieher,
- 257 • den weiteren Ausbau von PIA-Ausbildungsplätzen für SPA,
- 258 • den Ausbau der Perspektiv-Kitas.

259

260 **Frühzeitige Förderung als Brücke zur Schule**

261 Wir wollen unseren Kindern die besten Chancen und ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Zahlreiche
262 Studien belegen, dass Kindertageseinrichtungen entscheidend zur Chancengerechtigkeit beitragen.
263 Sie fördern Sprache, soziale Kompetenzen und Lernfreude – und zwar spielerisch, in einem
264 geschützten Rahmen, noch bevor das System Schule beginnt. Wir wollen, dass so viele Kinder wie
265 möglich Kindertageseinrichtungen besuchen. Wir stellen fest, dass die Betreuungsquote von unter
266 6-jährigen Kindern mit Migrationshintergrund deutlich niedriger als die ohne
267 Migrationshintergrund ist. Durch Förderung sowohl der Sprachkenntnisse, des
268 Sprachverständnisses, des Sprechvermögens als auch sozialer Kompetenzen der Kinder werden in
269 der Kita Grundlagen für den Übergang in Schule und eine erfolgreiche Schullaufbahn gelegt. Daher

270 ist es wichtig, dass auch die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund gesteigert
271 wird. Entsprechend individuelle Ansprachen an die Eltern können die bestehenden Ängste und
272 Befürchtungen abbauen und dazu beitragen, dass durch frühkindliche Bildung in den
273 Kindertageseinrichtungen die zukünftige Entwicklung positiv gefördert wird.

274 Eine besondere Rolle kommt der Viereinhalbjährigen-Untersuchung zu. Schon heute werden in Kitas
275 oder bei U-Untersuchungen Sprach- und Entwicklungsdefizite festgestellt. Wir wollen die Arbeit
276 besser verzahnen, damit Kinder mit besonderem Förderbedarf rechtzeitig Unterstützung erhalten.
277 Wir wollen, dass alle Kinder, bei denen Förderbedarf festgestellt wird, verpflichtend in die Kita gehen
278 müssen und sie entsprechend verpflichtend gefördert werden. Klar ist für uns: Kein Kind darf durchs
279 Raster fallen. Frühzeitige Förderung und individuelle Begleitung sind entscheidend, um allen
280 Kindern faire Startbedingungen zu ermöglichen.

281 Darüber hinaus setzen wir uns für einen verbindlichen Anforderungskatalog ein, der definiert,
282 welche Kompetenzen Kinder bei der Einschulung mitbringen müssen. Diese Vorgaben müssen
283 frühzeitig, transparent und verbindlich im Kita-Alltag verankert werden.

284 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 285 • den flächendeckenden Ausbau der Viereinhalbjährigen-Untersuchung in enger
286 Zusammenarbeit mit bestehenden Systemen, wie U-Untersuchung und Kitas mit
287 verpflichtender Förderung und somit eine bessere Vernetzung von Diagnostik und
288 Förderung in und außerhalb der Kita,
- 289 • die Verpflichtung eines Kitabesuches von Kindern mit Förderbedarf sowie entsprechender
290 verpflichtender Förderung,
- 291 • einen verbindlichen Anforderungskatalog für Schulkinder und die Verankerung in der Kita-
292 Förderung.

293

294 **Kinderschutz – Verantwortung wahrnehmen, Kinder wirksam schützen**

295 Für die CDU in Schleswig-Holstein steht der Schutz von Kindern und Jugendlichen an oberster Stelle.
296 Er ist eine zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft und ein unverzichtbarer Bestandteil einer
297 verantwortungsvollen Familien- und Bildungspolitik. Kinder sollen in einem sicheren Umfeld
298 aufwachsen, frei von Gewalt, Vernachlässigung und jeglicher Form von Missbrauch. Kinderschutz ist
299 daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Eltern, Schulen, Jugendhilfe, Behörden und das
300 Ehrenamt eng zusammenarbeiten müssen.

301 Ein wirksamer Kinderschutz beginnt früh: Wir wollen Elternbildung stärken, damit Kinder
302 wohlbehütet aufwachsen. Wir wollen, dass Frauen- und Kinderärztinnen und -ärzte, Kitas, Schulen
303 und Jugendhilfeeinrichtungen systematisch zusammenarbeiten, um Gefährdungen frühzeitig zu
304 erkennen und präventiv zu handeln. Hierzu ist eine kooperative Zusammenarbeit unumgänglich.

305 Nur durch eine vernetzte, aufeinander abgestimmte Unterstützung kann sichergestellt werden, dass
306 kein Kind in kritischen Situationen allein gelassen wird. Wo ein Kind dringenden Schutz und
307 Förderbedarf hat, darf der Datenschutz den Hilfestellungen für das Kind nicht im Weg stehen. Das
308 konkrete Kindeswohl ist wichtiger als das abstrakte Interesse am Datenschutz.

309 Ein zentraler Baustein für das erfolgreiche Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen ist auch die
310 enge und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendhilfe. Wir wollen, dass die
311 Hilfesysteme des Sozialgesetzbuches noch stärker an die Schulen angebunden werden, damit
312 Übergänge zwischen Kita, Grundschule, weiterführenden Schulen und anderen
313 Bildungseinrichtungen nahtlos gestaltet werden können. Eine verbesserte und erweiterte
314 Datenübermittlung an diesen Übergängen ermöglicht es, individuelle Förderbedarfe frühzeitig zu
315 erkennen und gezielt zu unterstützen – sei es in der Lernförderung, der sozialen Entwicklung oder
316 bei besonderen Bedürfnissen.

317 Durch ein vernetztes Denken und eine konsequente Zusammenarbeit aller beteiligten Akteurinnen
318 und Akteure schaffen wir ein verlässliches Unterstützungsnetz für jedes Kind. Das bedeutet, dass
319 Kinder nicht „durch die Lücken fallen“, sondern kontinuierlich begleitet werden – was ihr Lernen,
320 ihre Entwicklung und ihr Wohlbefinden nachhaltig stärkt. Letztlich zielt diese Kooperation darauf
321 ab, jedem Kind optimale Chancen zu bieten, seine Talente zu entfalten, Selbstvertrauen zu
322 entwickeln und gut vorbereitet in die nächsten Lebensabschnitte zu starten. Eine solche
323 Unterstützung ist nicht nur pädagogisch sinnvoll, sondern ein echter Gewinn für die Kinder, ihre
324 Familien und unsere gesamte Gesellschaft.

325 Neben der institutionellen Zusammenarbeit setzen wir auf starke Präventionsprogramme. Dazu
326 zählen Elternbildungskurse, frühe Hilfen und Familienzentren, aber auch Aufklärungsarbeit in
327 Schulen und Kitas, Schulungen für pädagogische Fachkräfte und Ehrenamtliche, Unterstützung für
328 Eltern und Angebote für Kinder, die von Gewalt oder Vernachlässigung betroffen sind. Wir
329 unterstützen Initiativen, die Kinder befähigen, ihre Rechte zu kennen, Selbstvertrauen zu entwickeln
330 und frühzeitig Hilfe zu suchen.

331 Darüber hinaus muss der Kinderschutz relevant und wirksam in der Gesetzgebung und Verwaltung
332 verankert sein. Die CDU in Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass bestehende Gesetze
333 konsequent umgesetzt werden und Behörden, insbesondere Jugendämter und Polizei, ausreichend
334 Ressourcen erhalten, um Gefährdungslagen schnell und professionell zu bearbeiten.

335 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 336 • die Stärkung der Kooperation zwischen Frauen- und Kinderärztinnen und -ärzten, Kitas,
337 Schulen und Jugendhilfe zur frühzeitigen Erkennung von Gefährdungslagen,
- 338 • die Optimierung der Datenübermittlung, um Förder- und Schutzbedarf transparent zu
339 machen,

- 340 • die engere Anbindung der Hilfesysteme des Sozialgesetzbuches an das System Schule,
- 341 • den Ausbau präventiver Angebote, wie Aufklärungsprogramme, Schulungen für Fachkräfte
- 342 und Ehrenamtliche sowie Unterstützungsangebote für Eltern,
- 343 • die Sicherstellung ausreichender Ressourcen für Jugendämter, Polizei und andere Behörden,
- 344 um Kinderschutz wirksam umzusetzen,
- 345 • die Förderung von Programmen zur Stärkung der Selbstwirksamkeit von Kindern, damit sie
- 346 ihre Rechte kennen und im Bedarfsfall Hilfe einfordern können.

347

348 **Jugendliche schützen und befähigen**

349 Junge Menschen sollten in ihren Familien, in der Gesellschaft und in ihren Bildungseinrichtungen die
350 besten Bedingungen vorfinden, um selbstbestimmt, sicher und chancengerecht aufzuwachsen. Die
351 Jugend sollte eine unbeschwerte und geschützte Zeit sein, in der Selbstbestimmung, Freiheit und
352 Toleranz erlernt und gelebt werden können. Wir setzen uns deshalb für eine Jugendpolitik ein, die
353 gute Bedingungen zum Aufwachsen für die Jugendlichen gestaltet. Ein besonderes Augenmerk
354 müssen wir auch auf die Kinder und Jugendlichen richten, die nicht in Obhut ihrer Eltern oder bei
355 Pflegeeltern liegen. Sie müssen eine intensive Unterstützung der Jugendhilfe erhalten, damit sie
356 einen Schulabschluss erreichen und eine Ausbildung abschließen können. Für Jugendliche mit
357 Förderschulabschluss und ohne Schulabschluss wollen wir in Verbindung mit dem Handwerk und
358 Mittelstand neue Möglichkeiten von Werksausbildungen schaffen.

359 **Jugendverbandsarbeit als Fundament für Engagement und Zukunft**

360 Jugendverbände, Vereine und ehrenamtlich Engagierte leisten einen unverzichtbaren Beitrag für
361 unsere Gesellschaft. Sie sind Orte der Begegnung, der Beteiligung und der Wertevermittlung. Sei es
362 im Sport, der Kirche, Feuerwehr oder anderen Jugendverbänden: Trainerinnen und Trainer,
363 Übungsleiterinnen und Übungsleiter übernehmen ehrenamtlich eine wichtige Vorbildrolle. Sie
364 geben nicht nur ihr Wissen weiter, sondern vermitteln jungen Menschen soziale Kompetenzen,
365 Teamgeist und Verantwortungsbewusstsein.

366 Jugendverbandsarbeit bedeutet weit mehr als Freizeitgestaltung: Sie stärkt die
367 Persönlichkeitsentwicklung, fördert Gesundheit und Bewegung, bietet Räume ohne Erwachsene und
368 für Talente und eröffnet Zugänge zu Netzwerken, Praktika, Ausbildung und Beruf. Gleichzeitig sind
369 Vereine und Verbände lebendige Demokratieschulen. Kinder und Jugendliche lernen hier frühzeitig,
370 mit unterschiedlichen Interessen umzugehen, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsame
371 Regeln zu entwickeln. Hierfür gilt es die notwendigen (Frei)Räume bereitzustellen, zu erhalten und
372 weiterzuentwickeln. Funktionale und attraktive Sportstätten und Jugendräume sind auch die
373 Voraussetzung für die Gewinnung und Bindung von Ehrenamtlichen.

374 Zudem sehen sich Ehrenamtliche, Vereine und Verbände weiterhin mit wachsender Bürokratie
375 konfrontiert. Anträge, Nachweise und Verwaltungsaufgaben nehmen immer mehr Zeit in Anspruch
376 – Zeit, die eigentlich für die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen gedacht ist. Für uns ist klar:
377 Engagement darf nicht an Formularen sowie fehlender Digitalisierung scheitern.

378 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 379 • den Bürokratieabbau und die Förderung der Digitalisierung in der Jugendarbeit,
380 insbesondere bei der Planung, Abrechnung und Gestaltung von Jugendfreizeiten,
- 381 • das Ehrenamt sichtbar zu machen und wertzuschätzen – die Ehrenamtskarte muss stärker
382 beworben werden,
- 383 • Orte für Jugendliche und Verbandsarbeit zu erhalten und weiterzuentwickeln.

384

385 **Jugendbeteiligung niedrigschwellig umsetzen**

386 Kinder und Jugendliche sind ein zentraler Teil unserer Gesellschaft – und dennoch können sie nur in
387 begrenztem Maße über politische Entscheidungen mitbestimmen. Sie sind meist nicht
388 wahlberechtigt und deshalb weniger an den formalen Entscheidungsprozessen beteiligt als
389 Erwachsene. Gerade deshalb ist es entscheidend, ihre Stimmen frühzeitig zu hören und ihre Anliegen
390 ernst zu nehmen. Jugendbeteiligung vermittelt jungen Menschen Selbstwirksamkeit, stärkt das
391 Demokratieverständnis und fördert Verantwortungsbewusstsein. Wer früh erlebt, dass die eigene
392 Meinung gehört wird und Wirkung entfalten kann, wird auch später aktiver am gesellschaftlichen
393 Leben teilnehmen. Dabei wollen wir Beteiligung nicht nur auf das Schreiben von Berichten oder
394 formale Anhörungen beschränken, sondern echte Mitgestaltung ermöglichen. Wir wollen daher
395 einen *Pakt für Demokratie* ins Leben rufen.

396 Beteiligung muss niedrigschwellig und vielfältig sein, damit alle jungen Menschen – unabhängig von
397 Herkunft, sozialem Hintergrund oder persönlichen Voraussetzungen – Zugang zu Mitsprache und
398 Teilhabe finden. Das gilt beispielsweise für die Umsetzung des Paragraphen 47f der
399 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein, aber kann genauso bei der Mitsprache von Kindern im
400 Kindergarten und in der Schule beginnen. Demokratie kann gar nicht früh genug gelernt und gelebt
401 werden.

402 Wichtig ist daher auch, dass Jugendbeteiligung dort stattfindet, wo Kinder und Jugendliche ihren
403 Alltag erleben. Gemeindevertretungen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie
404 hauptamtliche Politikerinnen und Politiker sollten verstärkt direkt in Schulen, Jugendzentren,
405 Vereinen oder auch Kitas präsent sein, um mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen. Nur so
406 entsteht ein direkter Austausch auf Augenhöhe, der mehr bewirkt als formale Berichtspflichten.

407 Darüber hinaus leisten Ehrenamt und Vereine bereits heute einen wichtigen Beitrag zur
408 Demokratiebildung. Hier erleben Kinder und Jugendliche Gemeinschaft, Verantwortung und

409 Mitbestimmung unmittelbar. Ein klares Bekenntnis zu Demokratiebildung auf Basis unserer
410 freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterstützt dieses Engagement zusätzlich und macht
411 die Verbindung von Verantwortung, Leistungsbereitschaft und demokratischem Handeln deutlich.

412 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 413 • eine qualifizierte und informierte Teilhabe junger Menschen,
- 414 • einen *Pakt für Demokratie* mit vielfältigen Maßnahmen zur Demokratiebildung,
- 415 • die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kitas, Schulen und Vereinen,
- 416 • die Beteiligung von Eltern an der Ausführung an einem politischen Ehrenamt weiter zu
417 unterstützen, um eine Vorbildfunktion für die Jugendbeteiligung zu sein.

418

419 **Stark und gesund aufwachsen**

420 Die Jugendzeit ist eine besondere Phase im Leben: Sie ist geprägt von körperlichen Veränderungen,
421 schulischen Anforderungen, Freundschaften, familiären Erwartungen und der Suche nach der
422 eigenen Identität. All das kann eine große Herausforderung sein. Damit Kinder und Jugendliche
423 geistig und körperlich gesund aufwachsen, brauchen sie nicht nur körperliche, sondern auch
424 seelische Stabilität.

425 In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass psychische Belastungen bei jungen Menschen
426 zunehmen. Stress, Ängste, depressive Verstimmungen, Einsamkeit oder Selbstzweifel sind Themen,
427 die viele Jugendliche bewegen. Die Corona-Pandemie, aber auch die zunehmende digitale
428 Dauererreichbarkeit, haben diese Entwicklung stark verstärkt.

429 Entscheidend ist, diese Herausforderungen ernst zu nehmen, frühzeitig Unterstützung anzubieten
430 und gemeinsam Lösungen zu finden. Psychische Gesundheit muss enttabuisiert und genauso ernst
431 genommen werden wie körperliche Gesundheit. Ein seelisches Problem ist nicht weniger belastend
432 als ein gebrochenes Bein – und jeder junge Mensch hat Anspruch auf die Hilfe, die er oder sie
433 benötigt. Denn wer in der Jugend keine Hilfe bekommt, trägt die Folgen oft noch lange in
434 Ausbildung, Beruf oder persönlichen Beziehungen. Auch hier können Vereine und Verbände durch
435 sichere soziale Strukturen, aber auch die Diskussion über solche Themen im Unterricht helfen. In der
436 Prävention liegt ein weiterer Schlüssel.

437 Neben der psychischen Gesundheit ist jedoch auch die körperliche Gesundheit wichtig. Ein junges
438 Leben beginnt besser ohne Drogen, Als CDU lehnen wir Entkriminalisierung von Drogenkonsum
439 generell ab – und Sanktionen sollen Konsumentinnen und Konsumenten auch vom Konsum
440 abhalten. Wir lehnen insbesondere die 2024 in Deutschland eingeführte Teillegalisierung von
441 Cannabis für Erwachsene wegen ihrer negativen Auswirkungen und insbesondere auch aus Gründen
442 des Jugendschutzes ab. Das Legalisierungsgesetz setzt Jugendliche zusätzlichen Suchtgefahren aus,

443 die es bisher so nicht gab. Zugleich sehen wir erhebliche und zunehmende Gefahren in bestimmten
444 Formen des Internetversandhandels mit Drogen (z. B. psychoaktive Stoffe und/oder
445 Aufputzmittel), die außerhalb eines schützenden gesetzlichen Rahmens bestellt, versandt und
446 konsumiert werden. Hier sind wir in der Pflicht, unsere Jugendlichen zu schützen.

447 Darüber hinaus nimmt auch der Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Übergewicht zu, insbesondere
448 seit der Corona-Pandemie. Die Gründe sind vielfältig – von Bewegungsmangel über ungesunde
449 Ernährung bis hin zur Stresssituation. Immer mehr Kinder sind aus körperlichen Gründen nicht mehr
450 fit genug für die Schule, wie die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen zeigen. Die Tendenz
451 ist seit Jahren steigend. Für die CDU in Schleswig-Holstein ist klar: Kinder und Jugendliche sollen
452 gesund aufwachsen können. Dafür braucht es ein Zusammenspiel von Bewegung, gesunder
453 Ernährung, Aufklärung und Prävention. Kitas, Schulen, Vereine und Familien müssen gemeinsam
454 daran arbeiten, den Alltag junger Menschen gesundheitsfördernd zu gestalten. Wir wollen, dass sich
455 junge Menschen wieder mehr bewegen und eine gute Ernährung auch in Kita und Schulen erhalten.
456 Deswegen setzen wir uns weiter dafür ein, dass Schul- und Kitaessen aus frischen Lebensmitteln
457 besteht und frisch zubereitet wird. Die Einbeziehung der Kinder in die Zubereitung der Speisen oder
458 ein gemeinsames gesundes Frühstück können helfen, Kinder an eine ausgewogene Ernährung
459 heranzuführen. Insbesondere die ersten 1000 Tage – von der Schwangerschaft bis zum zweiten
460 Geburtstag – sind die entscheidende Phase für die körperliche, geistige und emotionale Entwicklung
461 eines Kindes. Ernährung in dieser Zeit prägt die Gesundheit ein Leben lang. Schleswig-Holstein soll
462 hier Vorreiter werden. Darüber hinaus könnte ein Weg zur Reduktion von Adipositas auch die
463 Einführung einer Zuckersteuer sein, für die wir uns einsetzen. In anderen Ländern wurde erfolgreich
464 gezeigt, dass dadurch der Zuckergehalt in Lebensmitteln und Getränken sichtbar gesunken und
465 somit auch die Aufnahme gesunken ist.

466 Energydrinks erfreuen sich weltweit wachsender Beliebtheit – sowohl in Deutschland als auch
467 international. Gerade junge Heranwachsende sind eine Zielgruppe, um die Leistungsfähigkeit zu
468 steigern und Müdigkeit zu bekämpfen. Die Auswirkungen auf das Herz-Kreislauf und Nervensystem
469 sind deutlich. Gerade für einen heranwachsenden Körper kann ein übermäßiger Konsum schädlich
470 sein. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Altersgrenze für den Konsum anheben. Auch die
471 Nutzung von Vapes und E-Zigaretten bei Kindern und Jugendlichen ist besorgniserregend gestiegen.
472 Immer mehr Heranwachsende greifen zu diesen Produkten, oft in dem Irrglauben, sie seien weniger
473 gesundheitsschädlich als klassische Zigaretten. Studien zeigen jedoch, dass auch E-Zigaretten
474 gesundheitliche Risiken bergen: Sie belasten Lunge und Herz-Kreislauf-System, können die
475 Entwicklung des Gehirns beeinträchtigen und fördern die Abhängigkeit von Nikotin. Zudem
476 normalisieren sie das Rauchen und können den Einstieg in den Konsum klassischer Tabakprodukte
477 erleichtern.

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, den Jugendschutz bei Vapes konsequent durchzusetzen: Verkaufsverbote an Minderjährige, strengere Kontrollen im Handel – insbesondere online – und Aufklärungsprogramme in Schulen und Jugendeinrichtungen sind notwendig. Ziel muss es sein, Jugendliche frühzeitig umfassend über die Risiken von Nikotinprodukten zu informieren und sie von der Nutzung abzuhalten, damit sie stark und gesund aufwachsen.

Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:

- den begonnenen Ausbau der schulpsychologischen Dienste an den beruflichen Schulen und nach der Pandemie fortzuführen,
- die Schaffung von mehr ambulanten und stationären Therapieplätzen,
- das Regionalbudget als Regelfinanzierungsmöglichkeit einzuführen. Ziel ist diese Versorgungsform als bevorzugte Finanzierungsform auszurollen,
- die stärkere Sensibilisierung von Lehrkräften, auch bereits während der Ausbildung,
- die zunehmenden Gefahren durch den Internetversandhandel mit Drogen auf allen Ebenen entschieden zu bekämpfen.
- die Bewegungs- und Sportangebote in Kitas und Schulen zu stärken, auch durch die bessere Vernetzung mit Vereinen,
- die Ernährungsbildung von Anfang an fest im Alltag zu verankern – praxisnah und alltagsgerecht,
- die frische Zubereitung von Schul- und Kitaessen mit aus hochwertigen Lebensmitteln,
- die Einführung einer Verbrauchssteuer auf Getränke mit hohem Zuckeranteil, um den Zuckerkonsum zu reduzieren,
- den Verkauf von Energy-Drinks erst ab 16 Jahren.

Mediennutzung und Digitale Räume sicher und jugendgerecht gestalten

Digitale Medien sind fester Bestandteil im Alltag junger Menschen. Sie bieten Chancen für Bildung, Austausch und Gemeinschaft – bergen aber auch Risiken: von Fake News über Hatespeech bis hin zu negativen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Besonders soziale Netzwerke prägen das Leben von Jugendlichen und beeinflussen ihr Selbstbild oft stärker, als vielen bewusst ist.

Auch Kinder sind schon früh mit digitalen Medien konfrontiert, obwohl ihr Gehirn dafür noch nicht ausreichend entwickelt ist. Zu frühe Smartphone- oder Social Media-Nutzung kann die kognitive und soziale Entwicklung beeinträchtigen und Bildungschancen verschlechtern. Daher setzen wir uns dafür ein, dass bereits in der Kita, aber auch von Kinderärztinnen und -ärzten und in der Schule das Thema Mediennutzung thematisiert wird und darüber aufklärt, dass eine zu frühe Handy- und Social Media-Nutzung erhebliche Nachteile für die kognitive und soziale Entwicklung und auf die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen haben kann. Diese Information sollte regelmäßig

verteilt werden, um die Eltern in ihrer Erziehungsarbeit gegenüber den eigenen Kindern zu bestärken und zu unterstützen. Die CDU in Schleswig-Holstein begrüßt das zum Schuljahr 2025/2026 eingeführte Nutzungsverbot für das eigene Smartphone bis Klassenstufe 9.

Ein weiterer Baustein, neben Eltern-Aufklärung und Stärkung der Eltern-Medienkompetenz, ist die weitere Stärkung der Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen, um auch die Chancen, die soziale Netzwerke bietet, bestmöglich nutzen zu können. Gleichwohl ist die CDU in Schleswig-Holstein der Auffassung, dass es neben einer Stärkung der Medienkompetenz und Nutzung der Chancen auch klarere Regeln und wirksame Schutzmechanismen braucht. Wir setzen uns deshalb für ein gesetzliches Mindestalter von 16 Jahren für die Nutzung offener sozialer Netzwerke ein, flankiert durch eine verpflichtende Altersverifikation. Geschlossene, von Vereinen, Schulen oder Verbänden administrierte Netzwerke, die demokratischen Standards folgen, sind hiervon ausgenommen.

Zugleich verändert die Digitalisierung auch die Jugendhilfe. Jugendliche – gerade auch die in belasteten Lebenssituationen – sind zunehmend im digitalen Raum anzutreffen. Darauf muss die Sozialarbeit reagieren. Aufsuchende Jugendarbeit gehört daher nicht nur in den Jugendtreff, sondern auch ins Netz: durch spezialisierte „digitale Streetworker“, die Jugendliche dort erreichen, wo sie sich aufhalten.

Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:

- eine kontinuierliche Weiterentwicklung zeitgemäßer Medienbildung in Schulen, beruflichen Schulen und Hochschulen,
- die gesetzliche Festsetzung des Mindestalters für offene soziale Netzwerke auf 16 Jahre,
- eine verpflichtende Altersverifikation zur wirksamen Durchsetzung dieser Altersgrenze,
- eine klare, wissenschaftlich fundierte Handreichung für Eltern und Lehrkräfte von Kita- und Schulkindern, zu Gefahren und altersangemessenen Grenzen zur Nutzung von Medien und sozialen Netzwerken,
- regelmäßige Aufklärung auf Elternabenden und bei Vorsorgeuntersuchungen,
- die Anpassung der Jugendsozialarbeit an die digitale Realität und die Entwicklung neuer Angebote durch „digitale Streetworker“.

Gewalt unter Jugendlichen

Gewalt von und unter Jugendlichen ist ein ernstes gesellschaftliches Problem. Sie zeigt sich in unterschiedlichen Formen: von Mobbing, Ausgrenzung und Cybergewalt bis hin zu körperlichen Übergriffen. Häufig hängen diese Verhaltensweisen mit Unsicherheit, fehlenden Konfliktlösungsstrategien, Gruppendruck oder auch mit eigenen Gewalterfahrungen zusammen.

547 Auch soziale Medien können durch Anonymität, schnelle Eskalationen und ständige Erreichbarkeit
548 ein Verstärker für Gewalt sein.

549 Studien zeigen, dass ein kleiner Teil der Jugendlichen für den Großteil schwerer Gewalttaten
550 verantwortlich ist. Gleichzeitig ist wichtig: Die ganz große Mehrheit der Jugendlichen lehnt Gewalt
551 ab. Genau hier setzen Prävention und Wertevermittlung an. Wer früh lernt, Konflikte gewaltfrei zu
552 lösen, Respekt und Empathie zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen, ist weniger
553 gefährdet, selbst Gewalt auszuüben oder Opfer zu werden.

554 Für die CDU in Schleswig-Holstein ist klar: Wir brauchen starke Präventionsangebote in Kitas,
555 Schulen, Vereinen und Jugendverbänden. Gleichzeitig müssen Hilfsangebote für betroffene
556 Jugendliche niedrigschwellig erreichbar sein und Täter konsequent zur Verantwortung gezogen
557 werden.

558 Der Staat muss gerade im Umgang mit Jugendgewalt und Kriminalität, mit Rassismus und
559 Antisemitismus klare Grenzen aufzeigen. Gerade gegenüber Jugendlichen gilt: Es muss Konsequenz
560 im Handeln deutlich werden, damit die Weichen fürs Leben nicht falsch gestellt werden! Eltern
561 müssen stärker in die Pflicht für ihre Kinder genommen werden. Nicht nur durch die notwendige
562 stärkere Elternbildung, sondern z. B. durch altersgerechte Arbeits- oder
563 Wiedergutmachungsleistungen der Kinder und Jugendlichen.

564 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 565 • frühe Präventions- und Unterstützungsmaßnahmen.

566

567 **Für ein aktives, selbstbestimmtes und sicheres Leben im Alter**

568 Für die CDU in Schleswig-Holstein ist klar: Das Leben muss auch im Alter in Würde, mit
569 Selbstbestimmung und Sicherheit für alle Menschen möglich sein. Wir sind den Seniorinnen und
570 Senioren für ihren wertvollen Beitrag und jahrzehntelangen Einsatz im Sinne unseres Landes und
571 nachfolgender Generationen dankbar. Ihre Lebenserfahrung, ihr Wissen und ihr Engagement stellen
572 für uns eine wertvolle Ressource für unsere Gesellschaft dar, die wir gezielt stärken und die ältere
573 Generation so noch besser in unserer Mitte einbinden wollen. Wir sehen das Alter dabei nicht nur
574 als Herausforderung, sondern als große Chance: Ältere Menschen sind ein wertvoller Bestandteil
575 unserer Gesellschaft. Wir sind uns dabei im Klaren, dass die Seniorenpolitik ein umfangreiches
576 Querschnittsthema ist, das viele Lebensbereiche umfasst.

577 Wir bekennen uns zu einem respektvollen Miteinander aller Generationen, das von Respekt,
578 Solidarität und gegenseitigem Verständnis geprägt ist. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir uns
579 gegen Altersdiskriminierung in allen Lebensbereichen einsetzen. Ein selbstbestimmter Ruhestand
580 ist für viele Seniorinnen und Senioren keine Phase des Rückzugs, sondern eine neue Lebensphase

581 voller Möglichkeiten. Viele engagieren sich in Vereinen, Initiativen oder als Mentoren und tragen so
582 aktiv zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Dazu gehört auch das Prinzip des lebenslangen
583 Lernens, das wir gezielt fördern wollen, um Selbstbestimmung und aktive Teilhabe bis ins hohe Alter
584 zu ermöglichen

585

586 **Altersgerecht wohnen und mobil sein**

587 Das bedarfsgerechte Wohnen spielt für die Lebensqualität im Alter ebenfalls eine zentrale Rolle.
588 Deshalb setzen wir uns für den Ausbau altersgerechter Wohnformen, barrierefreier Umbauten und
589 generationenübergreifender Quartierskonzepte ein. So ermöglichen wir es den Menschen, so lange
590 wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld zu bleiben – eingebunden in ihre nachbarschaftlichen
591 Netzwerke und mit kurzen Wegen zu medizinischen, sozialen und kulturellen Angeboten. Die
592 Weiterentwicklung von Mehrgenerationenhäusern, Quartiersbüros und Pflegestützpunkten ist uns
593 ebenso wichtig wie deren bessere Vernetzung, auch auf digitale Weise, um für die ältere Generation
594 in unserem Land eine passgenaue Unterstützung vor Ort zu gewährleisten.

595 Dabei ist uns bewusst, dass die Mobilität einen weiteren entscheidenden Faktor für Freiheit und
596 Selbstständigkeit im Alter darstellt – das gilt im Straßenverkehr wie auch im Netz. Deshalb sprechen
597 wir uns für den bedarfsgerechten Ausbau von Rufbus-Systemen und Bürgerbussen sowie eine
598 seniorengerechte Verkehrsraumgestaltung aus, die wir unterstützen wollen. Ebenfalls ist es uns
599 ein besonderes Anliegen, die digitale Teilhabe älterer Menschen zu fördern. So müssen digitale
600 Angebote des Staates altersgerecht zugänglich und verständlich sein. Schulungen und Beratungen
601 im Bereich der digitalen Kompetenz der älteren Generation wollen wir zudem gezielt fördern.
602 Analoge Alternativen sind gleichzeitig noch vorzuhalten, wo sie auch tatsächlich nachgefragt
603 werden.

604 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 605 • den Ausbau altersgerechter Wohnformen und generationengerechter
606 Quartiersentwicklung, insbesondere im ländlichen Raum,
- 607 • die Einführung und Förderung flexibler und bedarfsgerechter Rufbus- und
608 Bürgerbussysteme zur Sicherstellung der Mobilität im Alter,
- 609 • den flächendeckenden Ausbau analoger und digitaler Anlaufstellen für ältere Menschen –
610 von Seniorenbüros bis Quartiersbüros,
- 611 • die Förderung von digitaler Teilhabe, Bildung und Beratungsangeboten für Seniorinnen und
612 Senioren zur Stärkung digitaler Teilhabe und Selbstständigkeit,
- 613 • die Unterstützung lebenslangen Lernens im Alter, um gesellschaftliche Teilhabe, berufliches
614 Engagement und persönliche Entwicklung zu fördern.

615

616 **Gemeinsam alt werden – Einsamkeit verhindern**

617 Ein zentrales gesellschaftliches Thema ist schließlich die zunehmende Einsamkeit vieler älterer
618 Menschen, die sich negativ auf ihre Gesundheit und die Lebensqualität im Allgemeinen auswirkt.
619 Die CDU in Schleswig-Holstein setzt sich daher dafür ein, dass auf Basis wissenschaftlicher
620 Ergebnisse Ideen zur Bekämpfung von Einsamkeit weiterentwickelt oder neu gedacht werden.
621 Gleichzeitig wollen wir die sektorenübergreifende Versorgung in den Bereichen Pflege, Gesundheit
622 und soziale Dienstleistungen verbessern, um ältere Menschen bestmöglich zu erreichen.

623 Das Konzept einer örtlichen Gemeindepflege, bei dem insbesondere in bedarfsstarken Regionen
624 soziale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner „Gemeindeschwestern“ unterstützend tätig
625 werden, sehen wir hierfür als einen wichtigen Baustein, bei dem das Land die Kommunen auch
626 finanziell unterstützen soll. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Dorfkümmerer weiter
627 erhalten bleiben und auch Fortbildungen für ihre wichtige Arbeit erhalten können.

628 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 629 • die Entwicklung und Förderung neuer Konzepte gegen Einsamkeit, gestützt auf
630 wissenschaftliche Erkenntnisse,
- 631 • den Ausbau sektorenübergreifender Versorgungsstrukturen zur Verbesserung von
632 Betreuung und Pflege vor Ort, wie beispielsweise durch die finanzielle Förderung von
633 Projekten im Bereich der Gemeindepflege durch das Land.

634

635 **Gut versorgt im Alter**

636 Eine sichere und verlässliche Altersversorgung ist die Grundlage für ein würdiges Leben im Alter.
637 Die CDU in Schleswig-Holstein setzt sich deshalb dafür ein, dass die Rente auch für kommende
638 Generationen zukunftsfest bleibt. Unser Ziel ist es, eine Balance zu schaffen zwischen
639 Verlässlichkeit für heutige Rentnerinnen und Rentner sowie Stabilität und Fairness für die Jüngeren.

640 Die Lebensläufe der Menschen sind sehr unterschiedlich. Manche beginnen früh zu arbeiten, andere
641 später. Manche Berufe sind körperlich extrem fordernd, andere weniger. Darauf muss das
642 Rentensystem flexibel reagieren können. Klar ist: Es muss sich lohnen, bis zum gesetzlichen
643 Renteneintritt zu arbeiten. Gleichzeitig braucht es Spielräume, um den Übergang in den Ruhestand
644 individueller und flexibler zu gestalten.

645 Mit der Aktivrente wollen wir das Arbeiten im Alter attraktiver machen: Wer über das gesetzliche
646 Rentenalter hinaus freiwillig arbeitet, soll sein Einkommen bis zu einer Höhe von 2.000 Euro im
647 Monat steuerfrei behalten dürfen. Damit schaffen wir Anreize, Erfahrung und Wissen länger in der
648 Arbeitswelt zu halten – und sichern gleichzeitig die finanzielle Basis der Rentenkassen. So wird
649 deutlich: Das Alter ist nicht nur eine Zeit der Inanspruchnahme, sondern auch eine Phase, in der

650 wertvolles Wissen, Können und Engagement weiterhin für die Gesellschaft eingebracht werden
651 können.

652 Wir sehen zudem: Das gesetzliche Renteneintrittsalter liegt regelmäßig über dem tatsächlichen
653 Durchschnittsalter, in dem Menschen in Rente gehen. Viele nutzen bestehende Möglichkeiten der
654 Frühverrentung. Um die langfristige Finanzierbarkeit der Rente zu gewährleisten, setzen wir uns
655 dafür ein, die Lebensarbeitszeit an die steigende Lebenserwartung zu koppeln – selbstverständlich
656 mit Rücksicht auf besonders belastende Tätigkeiten.

657 **Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:**

- 658 • die gezielte Förderung altersfreundlicher Arbeitsmodelle und attraktiver
659 Rahmenbedingungen für Beschäftigung im Alter,
- 660 • die Umsetzung der Aktivrente auf Bundesebene,
- 661 • die Einschränkung von Anreizen für Frühverrentung einzuschränken,
- 662 • eine Kopplung der Lebensarbeitszeit an die durchschnittliche Lebenserwartung, um
663 Generationengerechtigkeit zu sichern – mit Rücksicht für Berufe mit besonders hohen
664 Belastungen.